

17/SN-121/ME

GZ.: Präs - 21 Ee 10 - 85/3

Graz, am 5.3.1985

Ggst.: Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Energieförderungs-
gesetz 1979 geändert werden soll;
Stellungnahme.

Tel.: 831/2428 od. 2671

ENTWURF	
Zl. 170	GE/19.85
Datum: 11. MRZ. 1985	
Verteilt 14. MRZ. 1985 <i>Strasser</i>	

- Dr. Wasshuber*
1. Dem Präsidium des Nationalrates, 1010 Wien I.,
Dr.Karl Renner-Ring 3 (mit 25 Abdrucken);
 2. allen steirischen Mitgliedern des Nationalrates;
 3. allen steirischen Mitgliedern des Bundesrates;
 4. allen Ämtern der Landesregierungen
(Landesamtsdirektion);
 5. der Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt
der NÖ Landesregierung, 1014 Wien, Schenkenstraße 4,

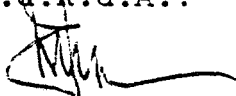
zur gefälligen Kenntnisnahme.

Für die Steiermärkische Landesregierung:

Der Landeshauptmann:

Dr.Krainer eh.

F.d.R.d.A.:





AMT DER
STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG

8011 Graz, Landesregierung – Präsidialabteilung

An das
Bundesministerium für Finanzen

Himmelpfortgasse 4-8
1015 W i e n

Präsidialabteilung
8010 Graz, Hofgasse 15
DVR 0087122
Bearbeiter

Telefon DW (0316) 831/
Telex 031838 lgr gz a
Parteienverkehr
Montag bis Freitag 8 bis 12 Uhr
Bitte in der Antwort das Geschäftszeichen
dieses Schreibens anführen

GZ PräS - 21 Ee 10 - 85/3

Graz, am 5. März 1985

Ggst Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Energieförderungs-
gesetz 1979 geändert werden soll;
Stellungnahme.

Bezug: 13 8102/2-IV/13/85

Zu dem mit do.Note vom 1.2.1985, obige Zahl, übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Energieförderungs-gesetz 1979 geändert werden soll, wird namens der Steier-märkischen Landesregierung folgende Stellungnahme abgegeben:

Alle wesentlichen Regelungen des vorliegenden Entwurfes sollen der Realisierung des Zieles dienen, die abgabenrechtlichen Be-günstigungen für Energieversorgungsunternehmen davon abhängig zu machen, daß einer Anlage die "energiewirtschaftliche Zweck-mäßigkeit" zuerkannt wird. Diese Zielsetzung kann aber nicht die Zustimmung des Landes finden, da sie praktisch auf eine völlige Zentralisierung der wesentlichsten Investitionsent-scheidungen von Energieversorgungsunternehmen bei Zentral-stellen des Bundes hinausläuft. Eine derartige zentralistisch-dirigistische Energiepolitik widerspricht aber den Interessen der Länder und steht im Widerspruch zur Grundlinie der bis-

./.

- 2 -

herigen Energiepolitik, die eindeutig föderalistisch war und die die Möglichkeit geboten hat, die sehr unterschiedlichen Gegebenheiten in den einzelnen Teilen Österreichs zu berücksichtigen.

Dem Präsidium des Nationalrates werden unter einem 25 Abdrucke dieser Stellungnahme zugeleitet.

Für die Steiermärkische Landesregierung
Der Landeshauptmann

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'J. F. ...', written over a large diagonal stroke.